

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Drahtschrift: Tagesblatt wiesn.  
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen.

Postkonto: Dresden 1584  
Postfach Riesa Nr. 22.

Nr. 71.

Montag, 24. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 60 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbelagungen und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Preis für den Anzeiger an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Fernschreiber-Anstalten — hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Wiedergabe oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Tanager & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Reichstanzler und Außenminister zur Wahlbewegung.

### Eine Rede des Reichstanzlers in Oberfeld.

Oberfeld, 23. März. In der heutigen Versammlung der Zentrumspartei in der Stadthalle hielt Reichstanzler Dr. Marx eine einstündige Rede. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einer kurzen einleitenden Rede des Vorsitzenden der Zentrumspartei Oberfeld führte der Reichstanzler etwa folgendes aus:

Der Reichstag ist aufgelöst. Das deutsche Volk soll sich nun eine neue gesetzgebende Vertretung geben. Dem soll der deutsche Staatsbürger seine Stimme geben? Das ist die Gewissensfrage, die von uns allen demnachst beantwortet werden muß. Überlegen wir uns ohne Leidenschaft und Voreingenommenheit: Was ist das Ziel unserer politischen Betätigung angesichts der Lage von Volk und Vaterland? Es kann nur eins sein: Die Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches und die Wiederaufrichtung eines in der Krise des Krieges und der Wirren der Revolution zusammengebrochenen Volkes. Dieses Ziel hat dem Zentrum und den sonst maßgebend beeinflussten Regierungen der letzten Jahre vorgeschwebt. Alle Kraft hat es für die Erreichung dieses Zieles eingesetzt.

Welche Außenpolitik sollten wir treiben, um das höchste Ziel zu erreichen? Daß der Friedensvertrag von Versailles untragbar ist, ist klare Einsicht des Volkes. Kein Wunder, wenn ein Teil des Volkes verlangt, Aufhebung gegen die Bestimmungen dieses Vertrages. Was würden die Folgen sein, wenn dieser Weg eingeschlagen würde? Rücksichtslos bis zum äußersten würde der Sieger seine Kraft anwenden und stets angewandt haben, falls wir mit großer Wertschätzung der uns auferlegten Verpflichtungen abgetan hätten. Das Zentrum hat sich entschlossen, den Versuch zu machen, die schweren Lasten des Versailler Vertrages bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu tragen. Schwer sind die Opfer, die das deutsche Volk infolge dessen hat tragen müssen. Erhalten aber geblieben ist dadurch die Einheit des Reiches.

Nach einem Hinweis auf das schwere Los der heidenmütigen Bevölkerung an Rhein und Ruhr und nach warmen Worten des Dankes für ihre unerschütterliche Treue führte der Redner weiter aus: Trotz der Behauptung, die jeder einsichtige Deutsche aus den bitteren Erfahrungen des passiven Widerstandes an der Ruhr ziehen muß träumen würde Volkstreu noch vom bewaffneten Widerstand. Weit mehr scheint mir echt nationale Gesinnung zu sein, mit klügelndem, nüchternem Verstande die unglückliche Lage unseres Vaterlandes zu betrachten und ohne Parteilichkeit geschlossenen den äußersten Weg der Erfüllung der unabweisbaren Verpflichtungen zu gehen. Das ist weit eher Befreiung als Erfüllungspolitik, daß das neue Parlament in seiner Mehrheit entschlossen ist, die Reparationsfrage zur endgültigen Erledigung zu bringen, einmütig in den hohen nationalen Zielen kultureller und wirtschaftlicher Freiheit. Eine deutsche Partei allein vermag die ungeheuren Aufgaben, die die Zukunft bringen wird, nicht zu meistern. Deshalb muß auch das Zentrum sich nach einem Bundesgenossen umsehen. Wer soll dieser Bundesgenosse sein? Wir sind bereit, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, die mit uns politische Arbeit zum Segen des Ganzen und des Einzelnen zu leisten gewillt ist. Nationale Politik ist unserer Überzeugung nach auch Einheitspolitik, die Einheit des Reiches zu schützen und zu sichern auf dem Boden der in Weimar beschlossenen Verfassung. Die Treue des Zentrums zur deutschen Republik hat sich darin bewährt, daß es stets bereit war, seine Männer zur Verfügung zu stellen, wenn es galt, verantwortliche Regierungsämter zu besetzen. Das Zentrum hat dabei stets über die Partei das Vaterland gestellt. Etwa erfüllt das Zentrum, das es die einstige Partei ist, die seit der Revolution noch niemals ihre Unterstützung der Regierung verweigert hat.

Der Reichstanzler ging darauf in großen Zügen auf das Verordnungsrecht der Regierung ein. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen versicherte der Kanzler, daß das Zentrum folgende nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages geeignete Schritte unternommen werde, um ein den Wünschen des deutschen Volkes entsprechendes Schulgesetz zustande zu bringen. Der Kanzler schloß mit dem Hinweis auf lebenswichtige Fragen des deutschen Volkes. Wenn die radikalen Parteien

von rechts oder links eine starke Vermehrung ihrer Mitglieder erfahren, dann sind die Folgen unübersichtlicher. An das deutsche Volk kann nur die Aufforderung gehen: Sorge dafür, daß der Radikalismus links und rechts nicht über Deutschlands Zukunft bestimmt, Sorge dafür, daß ein arbeitstüchtiger Reichstag zustande kommt. Welche deutsche Volk bei den kommenden Wahlen seine Pflicht, in deiner Hand sind deines Schicksals Sterne.

### Dr. Stresemann vor der Deutschen Volkspartei.

Darmstadt, 23. März. In einer, von der Ortsgruppe Darmstadt der Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung sprach heute vormittag Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Er führte unter anderem aus: Der Ausfall der Wahlen in Deutschland wird wesentlich sein für die weitere innere Entwicklung unseres Vaterlandes. Er wird aber auch die großen weltpolitischen Entscheidungen beeinflussen. Wir sind in unserer neuen Innenpolitik abhängig von der Außenpolitik. Was die Innenpolitik angeht, so werden wir in Deutschland, solange wir nicht das Zweiparteiensystem haben, nur eine Politik der Kompromisse führen können. Es ist notwendig, daß wir jetzt eine Art nationaler Einigkeit nach außen darstellen. Oberster Grundsatz deutscher Politik muß sein, die Idee der Zusammenführung der Parteien, der Gedanke der Volksgemeinschaft. Diese wird so lange notwendig sein, als wir den Kampf für Deutschlands Einheit und den Bestand des deutschen Reiches auszufechten haben. Die Deutsche Volkspartei hat in vielen Kabinetten mitgewirkt. Man wirt uns namentlich von rechts immer wieder vor, wie hätten außen- und innenpolitisch wenig oder nichts erreicht. Wir sind ein vollkommenes Volk und können daher nur eine dementsprechende Politik treiben. Unsere einzige Wehr ist die große nationale Volksgemeinschaft. Es gilt, diese Idee in alle Volksteile einzutragen, dann können wir auch außenpolitisch geltend machen, daß wir ein Volk von 60 Millionen sind, das sein Recht und seine Ehre zu verteidigen vermag. Man spricht immer mehr von dem Zerreißen des Versailler Vertrages. Daß der Vertrag in vielen Fällen unüberwindlich ist, ist heute eine Auffassung, die weit über Deutschland hinausgeht. Ich warne aber zu glauben, daß man eine Veränderung der Verhältnisse erzielen durch die Formel der Zerreißen des Versailler Vertrages. Mit Bestreben habe ich gestern gesehen, daß der bayerische Ministerpräsident Dr. von Kallmayer öffentlich der Reichsregierung den Vorwurf machte, sie tue in der Frage der Kriegsschuld nichts. Ein solches Verhalten gibt nicht das Bild geschlossener nationaler Einheit. Ich habe mich meinerseits sowohl als Reichstanzler wie auch als Außenminister klar und deutlich in dieser Frage ausgesprochen. Dr. Stresemann wandte sich dann der Frage der geistigen Einkehrung des Auslandes gegenüber Deutschland zu und betonte, die geistige Umkehrung zu unseren Gunsten ist ein Produkt der Arbeit der Regierung unter besonders schwierigen Verhältnissen. Sie beweist ferner, daß das Außenministerium nicht schläft.

Dr. Stresemann wandte sich dann vor allem gegen die Vorwürfe bezüglich der Bildung der großen Koalition und des Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie. In der Währungsfrage, so fuhr der Redner fort, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder weiter Papiergeld drucken oder hindurch durch das schwierige, die Einschränkung bis auf das äußerste, um zu beständigen Verhältnissen zu kommen. Der Staat konnte nicht balanciert werden ohne den Abbau der Steuern und wer das Gegenteil behauptet, ist ein Demagoge. Dr. Stresemann kommt dann auf den Punkt in Bayern zu sprechen. Die Herren wollten nach Berlin marschieren. Sie haben sich nur nicht gefragt, was sie machen wollten, wenn sie in Berlin lägen. Dillers Vorhaben war nach innen und außen geeignet, Deutschland in schwerste Verlegenheit zu führen.

Zum Schluß seiner Rede betonte der Außenminister, daß naturgemäß die verantwortliche Mitwirkung an der Regierung auch Unpopularität mit sich bringe. Trotzdem sei die Deutsche Volkspartei stolz darauf, die Verantwortung mitzutragen und getragen zu haben. Die Partei sei nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Das Vaterland über die Partei soll und muß die Parole sein.

### Nachlässe der Wiener Kanzlerreise.

Der Reichstanzler Marx und der Außenminister Dr. Stresemann sind am Sonnabend vormittag von ihrer Wiener Reise wieder in Berlin einetroffen. Der Reichstanzler hat sich nach kurzem Aufenthalt nach Oberfeld begeben, wo er am Sonntag der dortigen Zentrumspartei bewohnte. Minister Dr. Stresemann hat sich am Sonnabend zu dem Parteitag nach Darmstadt begeben.

In einem Berliner Abendblatt war der Wiener Aufenthalt der deutschen Minister so dargestellt, als ob eine besondere Annäherung an den französischen Gesandten in Wien erfolgt wäre. Diese Darstellung ist nicht zutreffend. Die deutsche Gesandtschaft in Wien hat in der üblichen Weise die Karten des Reichstanzlers und des Außenministers beim diplomatischen Korps in Wien abgeben lassen und dieses hat die Karten erwidert. Der Reichstanzler und der Außenminister sind mit dem französischen Gesandten nur einmal am Donnerstagabend bei dem Empfang des Bundeskanzlers Seipel zusammengetroffen, an dem das ganze diplomatische Korps anwesend war. Bei diesem Empfang haben der Reichstanzler und der Außenminister einige Minuten lang auch mit dem französischen Gesandten ein unpölitisch Gespräch in gesellschaftlichen Formen geführt. Es ist nicht wohl denkbar, daß nach den unbilligen erlittenen Verletzungen einer Verständigung zwischen Berlin und Paris man gerade den Umweg über Wien wählen würde, um die deutsch-französische Verständigung zu erreichen.

### Gesandter Tuzar.

Berlin. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der tschechoslowakischen Republik in Berlin, Tuzar, ist Sonnabend abends um 7/8 Uhr einem schweren Herzleiden, an dem er seit einiger Zeit litt, erlegen.

Tuzar begann seine Laufbahn auf innerpolitischem Gebiet, war zunächst Abgeordneter im tschechischen Landtag, später Vizepräsident des tschechischen Abgeordnetenhauses und Vorkandidat zum tschechischen Reichspräsidenten. Nach Gründung der tschechoslowakischen Republik wurde er deren Gesandter in Wien, bald darauf trat er an die Spitze des Kabinetts; nach der Wahlen zur Nationalversammlung wurde er zum zweiten Male Ministerpräsident. Seit Anfang 1921 hat Herr Tuzar die tschechoslowakische Republik als deren erster Gesandter in Deutschland vertreten. Weitaus Kreise, nicht nur diejenigen, die mit dem tschechischen in nahere Beziehung zu kommen Gelegenheit hatten, werden durch den tragischen Heimgang dieses um die Pflege der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen sich so wichtig bewußten Diplomaten schmerzhaft berührt. Gestützt auf eine langjährige Kenntnis Deutschlands, die er sich schon vor seinem tschechischen Wirken erworben hatte, und auf persönliche Beziehungen hat sich Herr Tuzar als ein umsichtiger und vertrauensvoller Mann erwiesen. Sein geistreiches Haus, ein allgemein beliebtes Stützpunkt tschechischer Gesellschaften, wird in Berlin unvergessen bleiben.

Berlin. Nach dem erfolgten Ableben des k. k. tschechoslowakischen Gesandten Tuzar werden die Geschäfte der Gesandtschaft bis auf weiteres von dem Legationsrat Dr. Dapicek geführt.

### Beileidschreiben des Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichspräsident hat an die Witwe des verstorbenen tschechoslowakischen Gesandten Tuzar das nachstehende Beileidschreiben gerichtet: „In tiefer Bewegung vernehme ich die Trauernachricht von dem plötzlichen Hinscheiden Ihres von mir hochverehrten Gatten, der mir auch seit langen Jahren persönlich nahegestanden hat. Aus einer glänzenden Laufbahn hat er ein jähes Geschick seinem Vaterlande, dem er in den hervorragendsten Stellungen seine ganze Kraft widmen konnte, abzuwehren vermocht und seinem erhabenen Streben und rastlosen Schaffen ein vorzeitiges Ende gesetzt. Ich bitte Sie, verehrte gnädige Frau, meiner und meiner Frau herzlichsten Teilnahme versichert zu sein. Mit der Versicherung meiner besondern Hochachtung bin ich Ihr ergebener Ges. Ebert.“

Auch Reichstanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann haben Beileidschreiben gerichtet.

### Die Trauerfeier am Dienstag.

Berlin. Die Trauerfeier für den verstorbenen tschechoslowakischen Gesandten Tuzar wird Dienstag nachmittags 5 Uhr im Hause der Gesandtschaft veranstaltet. Der Leichnam des Gesandten wird nach Prag übergeführt und auf Staatskosten hierher befristet werden. Die Witwe des Gesandten erhielt gestern viele Beileidsbesuche und Telegramme.

### Französische Gepressungsabsichten.

Paris. Die französische Regierung will dem „New York Herald“ zufolge die Annahme Deutschlands in den Völkerverbund von folgenden Bedingungen abhängig machen. 1. Deutschland soll unzerstückelt und vornehmlich den tschechischen Verhältnissen annehmen und verwirklichen. 2. Deutschland soll seine militärischen Geheimverträge mit Rußland beaufheben und deren offiziellen Text dem Völkerverbund zur Nachprüfung unterbreiten. Daß zwischen Deutschland und Rußland keine militärischen Geheimverträge bestehen, ist deren Botschaft natürlich bekannt. Er bewußt lediglich wegen der recht unangenehmen Enthüllungen über die deutsch-französische Geheimverträge ein Ablenkungsmanöver einzuleiten.

### Einreichung von Kreiswahlvorschlägen für die Reichstagswahl.

Nach dem neuen Reichswahlrecht müssen Kreiswahlvorschläge von 500 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 500 genügen 20, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlags oder eines anderen sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbinden oder der sich dem gleichen Kreiswahlvorschlag anschließen will. Der Kreiswahlleiter des Innern hat in einem Rundschreiben an die Landesregierungen ausgeführt, daß für die Parteien, die im letzten Reichstage durch Abgeordnete vertreten waren, unbedingt unterstellt werden kann, daß ein von ihnen in einem Wahlkreis eingereichter Wahlvorschlag die geforderte Zahl von Anhängern hat. Er hat dabei gebeten, die Kreiswahlleiter mit Stellung dahin zu versehen, daß eine Erklärung der Unterzeichner, daß ihr Wahlvorschlag dem Kreiswahlvorschlag eines bisser im Reichstag vertretenen Partei anschließen wird, als aus-

reichende Glaubhaftmachung im Sinne der bezeichneten Vorschrift anzusehen ist. Als solche Parteien kommen in Betracht:

- Bayerischer Bauernbund, Bayerische Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsch-Dänische Partei, Deutsche Nationalistische Volkspartei, Deutsch-völkische Freiheitspartei, Kommunistische Partei Deutschlands, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Zentrumspartei.

### Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß

hat sich namens der sämtlichen im Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß zusammenschließenden Landeskirchen mit einem Schreiben an alle Reichstagsparteien gewandt, in dem die Bitte ausgesprochen wird, in der Zeit vom 13. bis 21. April (Vormittag bis Ostermontag) den Wahlkampf ruhen zu lassen und den Frieden der Norwiche nicht zu rühren.